

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung
der Bezirksvertretung 7
am 24.02.2009

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

- | | |
|---|----------------------------------------------|
| 1 | Anerkennung der Tagesordnung |
| 2 | Genehmigung der Niederschrift vom 27.01.2009 |

Verwaltungsvorlagen

- | | |
|-----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 3 | 177 43/2009 Zentrum Plus Gerresheim
- mündlicher Bericht der Leiterin, Frau Petra Wienß- |
| 4 | 177 7/2009 Stadtteilbücherei Gerresheim
-Vorstellung der Leiterin und mündlicher Bericht- |
| 5 | 177 45/2009 Bauantrag Ernst-Poensgen-Allee 5
Umbau und Erweiterung des ehemaligen Kutscherhauses |
| 6 | 177 46/2009 Bauantrag Ernst-Poensgen-Allee 5
Umbau und Sanierung des ehemaligen Hausmeisterwohn-
hauses |
| 7 | 66/ 18/2009 Einbringung des Entwurfs des Nahverkehrsplanes
2008-2013 der Landeshauptstadt Düsseldorf, Teil 1 |
| 8 | 177 44/2009 Ortsumgehung Gerresheim -Fuß- und Radwegebrücke am
Gerresheimer Bahnhof- Machbarkeitsstudie- |
| 9 | 61/ 82/2008 Stadtentwicklungskonzept Düsseldorf 2020+ - Wachstum
fördern, Zukunft gestalten Kenntnisnahme, Beschlussemp-
fehlung |
| 10 | 177 30/2009 Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen der
Bezirksvertretung 7
Haushalt 2009 |
| 11 | 177 31/2009 Bauern- und Handwerkermarkt auf dem Gericusplatz in
Gerresheim im Jahre 2009 |
| 12 | 177 40/2009 Zuschuss an Borussia Düsseldorf e.V. |
| 12a | 177 61/2009 Verwendung von Haushaltsmitteln |

Anträge

- | | |
|----|-------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 13 | 177 34/2009 Anlieger-Parkausweise Benderstraße
- Antrag des Bezirksvertreters Uwe Koopmann - |
|----|-------------------------------------------------------------------------------------------------|

- 14 177 13/2009 Aktualisierte Planung zum Gerresheimer Bahnhof
- Antrag des Bezirksvertretung Uwe Koopmann -
- 15 177 35/2009 Kindertagesstätte / Familienzentrum Gericusstraße
- Antrag des Bezirksvertreters Uwe Koopmann -
- 16 177 36/2009 Auswirkungen der Finanzkrise auf den Stadtbezirk
- Antrag des Bezirksvertreters Uwe Koopmann -
- 17 177 41/2009 B-Plangebiet Nach den Mauresköthen
- Antrag der FDP-Fraktion -
- 18 177 48/2009 Grabsteine ohne Kinderarbeit
- Antrag des Bezirksvertreters Uwe Koopmann -
- 19 177 50/2009 Sportstätten-Situation in Knittkuhl / Hubbelrath / Mehrzweckhalle
- Antrag der CDU-Fraktion -
- 20 177 51/2009 Leinenbefreiung für Hunde
- Antrag der CDU-Fraktion -
- 21 177 53/2009 Aufstellung von Fahrradständern
- Antrag der CDU-Fraktion -
- 22 177 56/2009 Fußweg Grütersaaper Weg
- Antrag der SPD-Fraktion -
- 23 177 57/2009 Sporthalle in Knittkuhl
- Antrag der SPD-Fraktion -
- 24 177 58/2009 Sachstandsbericht Lager 61
- Antrag der SPD-Fraktion -

Anfragen

- 25 177 17/2009 Verbesserung der Einkaufsmöglichkeiten auf der Dreherstraße
- Anfrage der CDU-Fraktion -
- 26 177 18/2009 Sportanlage Peckhausweg
- Anfrage der CDU-Fraktion -
- 27 177 27/2009 Investitionen aus dem Konjunkturpaket im Stadtbezirk 7
- Anfrage der FDP-Fraktion -
- 28 177 32/2009 Anmeldungen an den Grundschulen
- Anfrage des Bezirksvertreters Uwe Koopmann -
- 29 177 37/2009 Naturschutz an der CO-Pipeline im Bereich des Dahlhofbaches
- Anfrage des Bezirksvertreters Uwe Koopmann -
- 30 177 42/2009 Markierungspfähle für die hochgiftige CO-Pipeline im Stadtbezirk 7
- Anfrage des Bezirksvertreters Uwe Koopmann -
- 31 177 47/2009 Kindertagesstätte Gericusstraße
- Anfrage der CDU-Fraktion -
- 32 177 52/2009 Baumfällungen in Gerresheim
- Anfrage der CDU-Fraktion -

Informationsvorlagen

- | | | |
|----|-------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 33 | 177 49/2009 | Wartehäuschen Rheinbahn-Haltestelle Knuppertzbrück
-Informationsvorlage zum Beschluss der BV 7 vom
28.10.2008- |
| 34 | 177 54/2009 | Spielwiese an der Altenheimstatt Gallberg
-Informationsvorlage zum Beschluss der BV 7 vom
28.10.2008- |
| 35 | 177 55/2009 | L 404 n -Südspange-
-Informationsvorlage zum Beschluss der BV 7 vom
28.10.2008- |

II. Nichtöffentlicher Teil entfällt

Anwesend:

Bezirksvertretung 7

Bremer, Dechend, von Dischleid Düsing-Krems Falkenberg Fuhrmann Jansen Klöpfer Nießen Rayermann Döring Chawla Kastka, Dr. Kunert Lucas Willms-Heyng Mörger Söhnigen Koopmann	Hanno Rotraut Volker Hildegard Rene Sandra Stefan Rainer Edeltraut Ingolf Wilhelm Gabriele Joachim Karsten Doris Sönke Toni Irmgard Uwe	Bezirksvorsteher Fraktionssprecher CDU 1. stellv. Bezirksvorsteher Fraktionssprecher SPD 2. stellv. Bezirksvorsteherin Fraktionssprecher FDP Fraktionssprecher Bü90/Die Grünen
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Rat der Stadt Düsseldorf

Theiß Halberstadt, Dr. Voller, Prof. Dr. Leibauer	Rosemarie Rudolf Rudolf Helga
------------------------------------------------------------	----------------------------------------

Verwaltung

Herr Krebs	Bauaufsichtsamt
Herr Schneider	Amt für Verkehrsmanagement
Herr Graw	Amt für Verkehrsmanagement
Frau Meier-Esser	Stadtteilbücherei Gerresheim
Herr Pietzka	Bezirksverwaltungsstelle 7
Herr von Schledorn	Bezirksverwaltungsstelle 7
Frau Büttner	Bezirksverwaltungsstelle 7

Sonstige Teilnehmer

Frau Müller	Seniorenbeirat
Herr Todt	Polizei Gerresheim
Frau Spieß	Jugendrat
Frau Wienß	Leiterin Zentrum <i>Plus</i> Gerresheim

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Herr Bezirksvorsteher Bremer die Mitglieder der Bezirksvertretung, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung, die Vertreter der Presse sowie etwa 30 Zuhörerinnen und Zuhörer.

I. Öffentlicher Teil

1 Anerkennung der Tagesordnung

Die Verwaltung zieht den Tagesordnungspunkt 7 zurück, der erst in der nächsten Sitzung beraten werden soll.

Sie bittet die Bezirksvertretung, den TOP 12 a (Verwendung von Haushaltsmitteln) zusätzlich in die Tagesordnung aufzunehmen.

Die CDU-Fraktion beantragt Rederecht für Frau Wienß –Leiterin des Gerresheimer Zentrum*Plus*- zu TOP 3 und für Herrn Hohne, Architekt, zu den TOP's 5 und 6.

Die Bezirksvertretung beschließt **einstimmig**, beiden Personen Rederecht zu erteilen.

Die CDU-Fraktion beantragt weiterhin, die Punkte 15 und 31, 17 und 24 sowie 19 und 23 wegen ihres sachlichen Zusammenhangs gemeinsam zu beraten. Es handelt sich um einen Vorschlag der Kleinen Kommission.

Die SPD-Fraktion meldet zum TOP 8 Beratungsbedarf an. Die Verwaltung erläutert, dass es sich um eine Informationsvorlage handele, über die keine Abstimmung erfolge.

Mit den vorgenannten Änderungen wird die Tagesordnung anschließend **einstimmig** anerkannt.

2 Genehmigung der Niederschrift vom 27.01.2009

Die Niederschrift wird ohne Änderungen **einstimmig** genehmigt.

3 Zentrum Plus Gerresheim - mündlicher Bericht der Leiterin, Frau Petra Wienß- Vorlage 177 43/2009

Frau Wienß berichtet unter den Leitthemen „Begegnung und Beratung, Engagement und Vernetzung“ über die Arbeit und die Angebote im Zentrum*Plus* Am Wallgraben.

Mit gemeinsamen Produkt- und Leistungsbeschreibungen beabsichtigt die Diakonie Düsseldorf ein stadtweit umspannendes Netz für soziale Kontakte, Angebote in Netzwerken, ehrenamtliches Engagement, Serviceleistungen und Hilfsmaßnahmen aufzubauen. Bereits an 19 Standorten in Düsseldorf gibt es ein solches Zentrum*Plus*, das in Gerresheim aus der Ökumenischen Begegnungsstätte im Rathaus hervorgegangen ist. Eine Dependance ist in der Zukunft auch in anderen Stadtteilen des Bezirks 7 vorgesehen.

Die Leitung des Zentrum*Plus* lädt viermal im Jahr alle in der Seniorenarbeit tätigen Organisationen einschl. der Polizei und der Bezirksverwaltungsstelle zu Stadtteilkonferenzen ein. Es erfolgt ein monatliches Controlling sowie alle 2 Jahre eine Befragung der Besucher.

Das Zentrum*Plus* berät individuell und persönlich zu allen Fragen rund um das Leben im Alter. Die Mitarbeiter (innen) versuchen, neue Kontakte aufzubauen und bieten eine Vielzahl an Freizeit-, Gesundheits-, Kultur- und Bildungsangeboten (z.B. das Kulturnetzwerk). Zum Angebot gehören auch Dienstleistungen wie Hol- und Bringdienste oder die Ausgabe eines preiswerten Mittagstisches sowie Kaffee und Kuchen. Individuelle Hilfen werden koordiniert; auf Wunsch werden auch Hausbesuche angeboten.

Viele in Gerresheim konzipierte Angebote, u.a. für Demenzkranke das „Cafe Vergissmich“, werden mittlerweile bundesweit nachgefragt. Über ein Jahr verteilt wird das Zentrum*Plus* durch ca. 70 ehrenamtliche Helfer unterstützt. Die Stadt Düsseldorf unterstützt mit je 4.000.- EUR die Schulung von ehrenamtlichen Kräften und innovative Ideen.

Aktuell ist ein Programm gegen Altersarmut, das von der ev. Kirchengemeinde, der Werbe- und Interessengemeinschaft Gerresheim (WIG), der Bürgerhilfe, aber auch von der Bezirksvertretung unterstützt wird.

Teil dieser Hilfsaktion ist die „Gerresheimer Tafel“ in der Kantine der ehemaligen Glashütte. Sie bietet Mittagsgespeisen zu einem Preis von 1.-€ an. Um Missbrauch zu verhindern, wird die Bedürftigkeit der Personen unter Wahrung ihrer Würde geprüft. Möglicherweise wird auch ein Bonsystem eingeführt.

Alle Parteien sprechen Frau Wienß und ihren haupt- und ehrenamtlichen Kräften den Respekt und die Anerkennung der Bezirksvertretung aus. Im Rahmen des

Leistbaren wird die Stadtteilvertretung die Arbeit des Zentrum*Plus* auch weiterhin positiv begleiten. Frau Wienß dankt ebenfalls für die bisherige Zusammenarbeit und betont, dass der bisher eingeschlagene Weg ohne Unterstützung der hiesigen Bezirksvertretung nicht möglich gewesen wäre.

4 Stadtteilbücherei Gerresheim -Vorstellung der Leiterin und mündlicher Bericht- Vorlage 177 7/2009

Frau Meier-Esser berichtet vor der Bezirksvertretung, dass Gerresheim mit Benrath und Derendorf zu den Büchereien mit den höchsten Ausleihquoten zähle. Sie legt ein Schaubild mit mehreren Abbildungen vor, die diese Aussage bestätigen. Besonders hoch sei der Anteil an jungen Lesern (bis 20 Jahre), die fast 50 v.H. der Gesamtnutzer ausmache. So sei es auch nicht verwunderlich, dass die Kinderbücher mit mehr als 12.000 Ausleihen pro Jahr das meist genutzte Medium sei.

Auf Grund der räumlichen Bedingungen in der Heyestraße sei eine Vergrößerung der Bücherei nicht mehr möglich. Daher fehle auch beispielsweise der Platz für ein größeres Angebot an Musik-CD`s oder DVD`s.

Frau Meier-Esser betont die Familienfreundlichkeit der Stadtteilbücherei, die bereits unter ihrer Vorgängerin konzipiert wurde und nun weiterentwickelt werde.

Das Büchereiangebot werde auch weiterhin ergänzt durch Lesungen, Kunstausstellungen, Vorträge, Theaterspiel u.v.m.

Auf Nachfrage teilt Frau Meier-Esser mit, dass die Vereinsecke nicht mehr so in Anspruch genommen werde, wie dies bei der Eröffnung noch der Fall gewesen sei. Sie appelliere daher an die Vereine, ihre Angebote auch in der Bücherei zu präsentieren.

5 Bauantrag Ernst-Poensgen-Allee 5 Umbau und Erweiterung des ehemaligen Kutscherhauses Vorlage 177 45/2009

Herr Krebs erläutert die beiden Vorlagen zu den Bauanträgen Ernst-Poensgen-Allee 5 (Villa Sack). Er weist darauf hin, dass das Grundstück nicht im Einzugsbereich einer Erhaltungssatzung liege und die Gebäude auch nicht unter den Denkmalschutz fallen. Der Bauherr habe daher einen Rechtsanspruch auf Erteilung der Baugenehmigung.

Die Bezirksvertretung sei noch einmal mit der Angelegenheit befasst worden, da die Bauanträge erheblich von den bereits genehmigten Bauvoranfragen abwichen. Den statischen Belangen musste so beispielsweise dadurch Rechnung getragen werden, dass auf Grund der schlechten Bausubstanz Teile des ehemaligen Kutscherhauses abgerissen werden mussten.

Nach kurzer Diskussion fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:
einstimmig bei 1 Stimmenthaltung (Herr Koopmann)

Die Bezirksvertretung 7 beschließt die Erteilung der Baugenehmigung.

6 **Bauantrag Ernst-Poensgen-Allee 5**
Umbau und Sanierung des ehemaligen Hausmeisterwohnhauses
Vorlage 177 46/2009

Siehe hierzu die Ausführungen unter TOP 5.

Beschluss:
einstimmig bei 1 Stimmenthaltung (Herr Koopmann)

Die Bezirksvertretung 7 beschließt die Erteilung der Baugenehmigung.

7 **Einbringung des Entwurfs des Nahverkehrsplanes**
2008-2013 der Landeshauptstadt Düsseldorf, Teil 1
Vorlage 66/ 18/2009

Der Tagesordnungspunkt wurde unter TOP 1 in die nächste Sitzung vertagt.

8 **Ortsumgehung Gerresheim -Fuß- und Radwegebrücke am Gerresheimer**
Bahnhof- Machbarkeitsstudie-
Vorlage 177 44/2009

Die Verwaltung berichtet vorweg, dass es sich bei der Vorlage lediglich um einen ersten Entwurf handele, nachdem die Bezirksvertretung angeregt hatte, einer Überführung den Vorzug vor einer Untertunnelung des Bahnhofsgeländes zu geben.

Herr Graw erläutert anhand von Plänen, dass zwei Varianten untersucht wurden:

Variante 1 unterscheidet sich von Variante 2 überwiegend dadurch, dass hier auf Rampen verzichtet wurden, die als Ausgang zur Brücke dienen. Stattdessen sollen Fußgänger, Fahrradfahrer und andere Personen ausschließlich über Aufzüge auf die Brücke gelangen. Das Brückenbauwerk selbst und die Zugänge zu den Bahnsteigen und den Gebäuden seien in beiden Varianten identisch.

Während die CDU-Fraktion dem Grunde nach die Lösung nach Variante 2 begrüßt, sieht die SPD-Fraktion die Überführung eher kritisch. Der Rahmenplan Gerresheim-Süd hatte zum Ziel, die Gebiete nördlich und südlich der Bahngleise zu verbinden; stattdessen spaltet die gigantische Brücke, die auch noch die L 404 überspannt, die beiden Gerresheimer Teile.

Ratsfrau Leibauer (SPD) findet die Idee „abenteuerlich“, in der Hauptverkehrszeit Radfahrer und Fußgänger ausschließlich über Aufzüge zu transportieren. Auch die ursprünglich vorgesehene Tunnellösung müsse als Option erhalten bleiben.

Ratsherr Dr. Halberstadt (SPD) plädiert für ein städtebauliches Gutachten, welches das gesamte Bahnhofsgelände mit umfasst.

Bezirksvorsteher Bremer sieht die Bezirksvertretung erst am Anfang der Diskussion. Er hebt besonders hervor, dass die Verwaltung sehr schnell auf den Beschluss der Bezirksvertretung für eine Machbarkeitsstudie reagiert habe. Ein erstes Ergebnis liege nunmehr vor. Jetzt gelte es, die städtebauliche Gestaltung eines solchen Bauwerkes in die vorhandene Bebauung zu prüfen und die Deutsche Bahn mit „in`s Boot“ zu holen, die selbst an einer Modernisierung und Sanierung des Gerresheimer Bahnhofs interessiert sei.

**9 Stadtentwicklungskonzept Düsseldorf 2020+ - Wachstum fördern, Zukunft gestalten Kenntnisnahme, Beschlussempfehlung
Vorlage 61/ 82/2008**

Nach einer einleitenden Diskussion stellen die Fraktionen ihre Anträge zur Abstimmung.

**Interfraktionelle Anträge
(einstimmig)**

Die Bezirksvertretung 7 bittet, im Bereich Ernst-Poensgen-Allee/Mörsenbroicher Weg/Otto-Goetzen-Weg/Gutenbergstraße/Staufenplatz unter Einbeziehung der Grafenberger Sportvereine ein Bewegungszentrum zur Nutzung durch den vereinsmäßig organisierten Kinder-, Jugend- und Seniorensport in Trägerschaft eines Sportvereins zu planen.

Die Bezirksvertretung 7 bittet den APS, den Bebauungsplan Nr. 5779/21 –Ernst-Poensgen-Allee / Graf-Recke-Straße (Wohngebiet) aufzugeben und dafür den Bereich zwischen Ernst-Poensgen-Allee / Mörsenbroicher Weg / Otto-Goetzen-Weg/ Gutenbergstraße / Staufenplatz als Baugebiet für Gemeinbedarf mit der festlegung „Sporteinrichtungen“ auszuweisen und zu prüfen, ob das Teilstück der Graf-Recke-Straße zwischen Otto-Goetzen-Weg / Gutenbergstraße und Ernst-Poensgen-Allee den Sportflächen zugeführt werden kann.

**Antrag der FDP-Fraktion
(einstimmig)**

Die Bezirksvertretung bitte den Rat und die Verwaltung, unter Punkt „Wettbewerbsfähigkeit“ unter „Flächenmanagement für das Gewerbe“ im Punkt 3.2.10 und unter 3.1.7, „Bauflächenmanagement für das Wohnen“, festzulegen, dass alle mit Bauleitverfahren, Erschließungsmaßnahmen und Baugenehmigungen zusammenhängenden Prozesse maximal zu beschleunigen sind, um die Mobilisierung und Nutzung der Flächen für das Bauen schnellstmöglich zu gewährleisten. Auch der Prozess der Willensbildung in Rat, Ausschüssen und Bezirksvertretungen ist hierbei einzubeziehen. Erforderliche Haushaltsmittel hierfür sind Investitionen in die Wettbewerbsfähigkeit dieser Stadt.

Anträge der SPD-Fraktion

Einbindung der Öffentlichkeit mehrheitlich bei 2 Nein-Stimmen (FDP)

Es ist zwar zu begrüßen, dass das SteK nach den Beschlussfassungen in den Ausschüssen und im Rat im Rahmen der Schriftenreihe des Stadtplanungsamtes veröffentlicht werden soll. Doch die rege Beteiligung der Bevölkerung z.B. während des Werkstattverfahrens Glashütte hat gezeigt, dass durch diese Beteiligung auch eine Reihe guter Ideen produziert werden. Deshalb ist eine Beteiligung der Öffentlichkeit vor Beendigung des Diskussionsprozesses und vor der Abstimmung des Rates hier u.E. dringend geboten. Dies führt auch zu einer breiteren Akzeptanz der aus dem SteK herauszulesenden und noch zu entwickelnden Handlungsoptionen.

Stadtteilentwicklungskonzept einstimmig

Nebenzentren wie z.B. Gerresheim entwickeln durchaus eine eigene Dynamik. Zwar wurden in den letzten u.a. Jahren Einzelhandelskonzept, diverse Masterpläne und das Verkehrsentwicklungskonzept vorgelegt, eine Verzahnung dieser Konzepte, welche Wechselwirkungen die Konzepte untereinander haben, wird auch durch das SteK, das wir als übergeordneten Rahmen begreifen, nicht aufgezeigt. Deshalb halten wir ein Stadtteilentwicklungskonzept, das eine Verzahnung der einzelnen Komponenten berücksichtigt, für dringend geboten.

Bezahlbarer Wohnungsbau für junge Familien einstimmig

Der Stadtbezirk 7 weist mit dem Quellenbusch, dem Glashüttengelände, mit dem Gallberg und mit der Bergische Kaserne Gebiete für den Wohnungsbau aus, so dass hier eine hohe Bevölkerungszunahme prognostiziert werden kann. Somit müssen auch die entsprechende Einrichtung (KiTas, Jugendfreizeiteinrichtungen etc) ausgebaut werden. Dies findet im SteK keine Berücksichtigung. Die Aussage, dass hier bezahlbarer Raum für junge Familien (Miete, Eigentum) geschaffen werden kann und soll, fehlt bzw. ist im SteK völlig unterentwickelt. (lediglich auf S. 138 findet sich eine Klammernotiz)

Ausbau der Jugendfreizeiteinrichtungen mehrheitlich bei 9 Nein-Stimmen (CDU)

Zwar wird die Jugend in mehreren Überschriften des SteKs genannt, sie findet dort jedoch nicht statt. Gerade im Stadtbezirk 7, der sich dadurch „auszeichnet“, dass deutlich zu wenig Jugendeinrichtungen existieren (Jugendhilfeplan), hätte man erwartet, dass Hinweise zur Behebung dieses Defizits im SteK – nicht nur für den Stadtbezirk 7 - aufgezeichnet werden.

Schutz der Landschafts- und Naturschutzgebiete einstimmig

Neben dem Grafenberger Wald, dem Rothhäuser Bachtal und der Düsselauve verfügt der Stadtbezirk 7 über einige Landschafts- und Naturschutzgebiete, die eine wichtige Naherholungsfunktion für ganz Düsseldorf haben. Diese Gebiete führen (neben anderen Faktoren) zu einer hohen Lebensqualität im Stadtbezirk 7 und machen ihn gerade für junge Familien attraktiv. Deshalb sollte der Schutz und Erhalt dieser Landschafts- und Naturschutzgebiete auch im SteK festgeschrieben werden.

Anträge der Fraktion Bü90/Die Grünen

Es wird ein Kapitel zur Umwelt- und Aufenthaltsqualität der Stadt (Lärm- und Luftbelastung, Belüftungssituation, Umfang von Hitzeinseln, Spielplätze, Freiflächen sowie Sicherheit auf Verkehrswegen) erarbeitet.

Es wird ein Kapitel Klimaschutz eingefügt, in dem die Maßnahmen der Stadt und mögliche klimawirksame Kooperationen mit Unternehmen aufgeführt werden. In diesem Zusammenhang werden die lokalökonomischen Effekte einer aktiven Klimaschutzpolitik ermittelt.

Der Unterabschnitt 3.2.2 Bildung und Qualifizierung wird um den Punkt "Cluster Umwelttechnologien/ nachhaltiges Ressourcenmanagement" ergänzt.

Anträge der CDU-Fraktion einstimmig

Seite 48 ff –Ergänzung-

In den einzelnen Wohnbereichen ist auf einen ausgewogenen Generationenmix zu achten, des Weiteren sind bei der Befriedung des Wohnbedarfs alle sozialen Gruppen berücksichtigt werden. Soziale Ausgewogenheit sollte Vorrang haben, insbesondere in den Stadtrandgebieten.

Seite 50ff –Ergänzung-

Bei der Beplanung neuer Baugebiete ist parallel hierzu ein Verkehrskonzept zu entwickeln.

Seite 82 –Ausbau der Internationalität – Ergänzung -

Zur präventiven Stärkung der internationalen Ausrichtung Förderung des Schüleraustausches mit Schulen im Ausland und Förderung des Besuches von Schulen im Ausland durch Schüler und Schülerinnen allgemein bildender Schulen.

Seite 93 –Änderung-

„in Leuchtturmeinrichtungen“ streichen. Nutzungsoptimierung in den Kitas sollte keine Ausnahme bleiben!

S. 104 Ergänzung

Einführung von **Schulsozialarbeit** an den Schulen in allen Stadtbezirken mit dem Ziel, junge Menschen sozial zu integrieren, um ihnen "gesellschaftliche Teilhabe" zu ermöglichen.

Ausgangslage (S. 109) Ergänzung

Wegen der oftmals eingeschränkten Mobilität sind die Angebote des Zentrum Plus auf den gesamten örtlichen Bereich des Stadtbezirks auszudehnen. In so-gen. „weißen“ Flecken wie z.B. Hubbelrath im Stadtbezirk 7 sollten Depandanzen des Zentrums Plus eingerichtet werden.

S. 122 Ergänzung

„Schaffung von geeigneten Sporträumen wie Sporthallen bzw. Sportplätzen in bisher unterversorgten Gebieten in den Stadtbezirken, z.B. in Hubbelrath/ Knittkuhl im Stadtbezirk 7, von Spiel – und Sportmöglichkeiten für nichtvereinsgebundene Bürger und Bürgerinnen und von Mehrgenerationen-Flächen“

Räumliches Leitbild Ergänzung

Auf S. 129: „Dabei ist sicherzustellen, dass Grün-, Frei- und land – und fortwirtschaftlich genutzte Flächen und typische Landschaftsformen wie z.B. die Hubbelrather Hügellandschaft und herausragende Sichtachsen unberührt bleiben.“

(Rahmenplan Einzelhandel), S. 150 *Ergänzung*

Im Hubbelrather Ortsteil Knittkuhl ist ein **Nachbarschaftszentrum** zur Gewährleistung einer notwendigen Nahversorgung auszuweisen.

Nicht erwähnt im SEK: Verkehr/ Umwelt, Kultur, Ergänzung, Änderung

Verkehr/ Umwelt: Lösungen schaffen für Anwohner, die im Bereich von Straßen mit erheblicher Schadstoff – und Lärmentwicklung (im Stadtbezirk 7 insbes. Lundenberger Straße in Grafenberg und BAB3 in Hubbelrath) wohnen

Kultur:

Zur Bewahrung des historischen Erbes Schutz, Erhalt und ggf. Neunutzung bedeutender Bauwerke in den Stadtbezirken mit Aufarbeitung geschichtlicher Hintergründe.

Zugänglichmachung bedeutender Kulturgüter aus den Stadtbezirken, die noch in zentralen Instituten der Stadt, z.B. im Stadtmuseum liegen, in den Stadtbezirken, ggf. in Ausstellungen vor Ort oder in hierfür zu errichtenden Einrichtungen.

Folgender Antrag der CDU-Fraktion wird mehrheitlich (bei 9 Ja-Stimmen der CDU) abgelehnt:

Bei der Mobilisierung neuen Baulandes ist zu berücksichtigen, inwieweit eine weitere Belastung der verkehrlichen Anbindung des Baugebietes nicht mehr hinnehmbar ist (Hinweis auf die starke verkehrliche Belastung der Bergischen Landstraße / Ludenbergerstraße im Stadtbezirk 7). Ist eine Ausweisung als Bauland gleichwohl unumgänglich, sind verkehrliche Alternativen zu schaffen, die zu spürbaren Verbesserungen führen.

Bei der Schaffung von neuem Bauland in den Außenbereichen sollte dem Einfamilienhausbau Vorrang eingeräumt werden (wie z.B. im östlichen Randbereich auf dem freiwerdenden Gelände der Bergischen Landstraße).

**Gesamtabstimmung:
einstimmig bei 1 Stimmenthaltung (DKP)**

Die Bezirksvertretung 7 nimmt vom „Stadtentwicklungskonzept Düsseldorf 2020 + -Wachstum fördern, Zukunft gestalten“ Kenntnis und empfiehlt dem Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung das Stadtentwicklungskonzept mit den von der Bezirksvertretung 7 beschlossenen Änderungen und Ergänzungen zu beschließen.

**10 Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen der Bezirksvertretung 7
Haushalt 2009
Vorlage 177 30/2009**

**Beschluss:
einstimmig**

Die Bezirksvertretung 7 beschließt die Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen der Bezirksvertretung im Bereich:

- a) Schulen
- b) andere Gebäude

gemäß Vorlage.

Die Bezirksvertretung 7 beschließt weiterhin, aus Restmitteln 2008 die beantragte Falltür zwischen Mensa und Gruppenraum für den Neubau der OGS Am Mergelsberg zu finanzieren.

**11 Bauern- und Handwerkermarkt auf dem Gericusplatz in Gerresheim im Jahre 2009
Vorlage 177 31/2009**

**Beschluss:
mehrheitlich bei 2 Nein-Stimmen (1 Bü90/Die Grünen, Herr Koopmann)**

sowie 2 Stimmhaltungen (1 SPD, 1 Bü90/Die Grünen)

Die Bezirksvertretung 7 beschließt die Festsetzung des Bauern- und Handwerkermarktes auf dem Gericusplatz in Gerresheim als Jahrmarkt gemäß § 68 Abs. 2 der Gewerbeordnung an folgenden Terminen:

Samstag: 16.05.2009
Sonntag: 17.05.2009
Öffnungszeiten: 11.00 bis 20.00 Uhr

**12 Zuschuss an Borussia Düsseldorf e.V.
Vorlage 177 40/2009**

**Beschluss:
einstimmig**

Die Bezirksvertretung 7 beschließt die Gewährung eines Zuschusses in Höhe von bis zu 12.250,00 EUR aus Produktsachkonto 042 424 040 10000 7817000 M 90000278 – Zuschüsse für Investitionen an Vereine – an den Verein Borussia Düsseldorf e.V. für Planungsleistungen zur Renovierung des Tischtenniszentrums.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich der Beendigung der vorläufigen Haushaltsführung.

**12a Verwendung von Haushaltsmitteln
Vorlage 177 61/2009**

**Beschluss:
einstimmig**

Die Bezirksvertretung 7 beschließt folgende Mittelverwendung:

Produktnummer: 0 11 11 11 40
Sachkonto: 1 0000 5499 007 –Für die Bezirksvertretung 7-

**Zuschuss an die Hanna-Zürndorfer-Grundschule
„Mein Körper gehört mir“**

500,00 EUR

**13 Anlieger-Parkausweise Benderstraße
- Antrag des Bezirksvertreters Uwe Koopmann -
Vorlage 177 34/2009**

Die Verwaltung weist darauf hin, dass der Ordnungs- und Verkehrsausschuss beschlossen habe, keine weiteren Anwohnerparkgebiete auszuweisen.

Die CDU-Fraktion erinnert daran, dass die Parkregelung auf der Benderstraße im Moderationsverfahren angesprochen und ggf. gelöst werden soll.

Der Antrag wird anschließend bei 1 Ja-Stimme (Herr Koopmann) **mehrheitlich abgelehnt**.

Wortlaut des abgelehnten Antrags:

Die Verwaltung wird gebeten, Anlieger-Parkausweise an der Benderstraße auszustellen. Diese Regelung ist zeitlich begrenzt, bis über ein Moderationsverfahren eine umfassende befriedigende Lösung geschaffen ist.

**14 Aktualisierte Planung zum Gerresheimer Bahnhof
- Antrag des Bezirksvertretung Uwe Koopmann -
Vorlage 177 13/2009**

Nach dem Hinweis aus der CDU-Fraktion, dass ein inhaltsgleicher Antrag bereits in der letzten Sitzung beschlossen wurde, zieht Herr Koopmann seinen Antrag zurück.

**15 Kindertagesstätte / Familienzentrum Gericusstraße
- Antrag des Bezirksvertreters Uwe Koopmann -
Vorlage 177 35/2009**

Auf Grund der Beantwortung der Anfrage zu TOP 31 wird der Antrag zurückgezogen.

**16 Auswirkungen der Finanzkrise auf den Stadtbezirk
- Antrag des Bezirksvertreters Uwe Koopmann -
Vorlage 177 36/2009**

Der Antrag wird von den vier anderen Parteien als überflüssig angesehen, da niemand derzeit prognostizieren könne, wie sich die Finanz- und Wirtschaftskrise noch auswirken werde.

Der Antrag wird anschließend bei 1 Ja-Stimme (Herr Koopmann) **mehrheitlich abgelehnt**.

Wortlaut des abgelehnten Antrags:

Die Verwaltung wird gebeten zu prognostizieren, welche Auswirkungen die Finanz- und die sich abzeichnende Wirtschaftskrise für den Stadtbezirk 7 haben.

**17 B-Plangebiet Nach den Mauresköthen
- Antrag der FDP-Fraktion -
Vorlage 177 41/2009**

**Beschluss:
einstimmig**

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung, einen Ortstermin mit den Bezirksvertretern und beratenden Ratsmitgliedern auf dem Gelände des B-Plangebietes „Nach den Mauresköthen (Lager 61)“ anzuberaumen und den Mandatsträgern vor Ort zu zeigen, wo die Schwierigkeiten der Erschließungsmaßnahmen liegen, und zu erläutern, wie die Sache beschleunigt werden könnte.

18 Grabsteine ohne Kinderarbeit
- Antrag des Bezirksvertreters Uwe Koopmann -
Vorlage 177 48/2009

Herr Dischleid (CDU-Fraktion) erläutert, dass nach einem Urteil des OVG Koblenz gegen die Stadt Andernach die Aufnahme eines solchen Zusatzes in die Satzung rechtswidrig sei. Die Steinmetze in Düsseldorf verzichten aber freiwillig auf Natursteine, die möglicherweise aus Kinderarbeit stammten.

Der Antragsteller zieht den Antrag anschließend zurück.

19 Sportstätten-Situation in Knittkuhl / Hubbelrath / Mehrzweckhalle
- Antrag der CDU-Fraktion -
Vorlage 177 50/2009

Beschluss:
einstimmig

Die Bezirksvertretung 7 bittet die Verwaltung, nach Möglichkeiten zu suchen, in Knittkuhl eine Mehrzweckhalle zu bauen, um den Bedarf der Sportvereine vor Ort zu decken.

20 Leinenbefreiung für Hunde
- Antrag der CDU-Fraktion -
Vorlage 177 51/2009

Die Verwaltung berichtet zu diesem Antrag, dass nach der Düsseldorfer Straßenordnung Hunde grundsätzlich anzuleinen seien. Um den Antrag zu realisieren müsse die Satzung geändert werden.

Nach kurzer Diskussion erfolgt folgender geänderter

Beschluss:
mehrheitlich bei 5 Nein-Stimmen (4 SPD, 1 Bü90/Die Grünen); 3 Stimmenthaltungen (1 SPD, 1 Bü90/Die Grünen, Herr Koopmann)

Die Bezirksvertretung 7 bittet den zuständigen Ausschuss, die Düsseldorfer Straßenordnung dahingehend zu ändern, dass Ausnahmen vom Leinenzwang für Hunde in gesondert festgelegten Bereichen (z.B. Waldwege) zugelassen werden.

21 Aufstellung von Fahrradständern
- Antrag der CDU-Fraktion -
Vorlage 177 53/2009

Beschluss:
einstimmig

Die Bezirksverwaltung 7 bittet die Verwaltung, an der Bushaltestelle "Bertastraße" Fahrradständer in entsprechender Anzahl und an geeigneter Stelle aufzu-

stellen.

**22 Fußweg Grütersaaper Weg
- Antrag der SPD-Fraktion -
Vorlage 177 56/2009**

Zunächst trägt die Verwaltung vor, dass aus der erholungssuchenden Bevölkerung immer wieder der Wunsch kommt, den Grütersaaper Weg durch geeignete Maßnahmen vom unerwünschten Schleichverkehr (Parksuchverkehr) freizuhalten. Bereits vor ca. 25 Jahren sei deshalb der Grütersaaper Weg an Wochenenden in Höhe Am Schürberg durch Pfosten gesperrt werden. Dies habe jedoch aus verschiedenen Gründen nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Deshalb habe damals die Verwaltung einen Plan erarbeitet, der auf der Südseite des Grütersaaper Weges in Höhe Am Schürberg einen Wanderparkplatz vorsah. Gleichzeitig sollte dann der Grütersaaper Weg dauerhaft gesperrt werden. Die Straße ist Eigentum der Bundeswehr.

Nach kurzer Diskussion empfiehlt Ratsfrau Leibauer (SPD), den zuständigen Ausschuss zu bitten, die Verwaltung mit dem Ankauf eines Grundstückes für den Wanderparkplatz zu beauftragen.

Die Bezirksvertretung fasst anschließend folgenden

**Beschluss:
einstimmig**

Der Bezirksvertretung 7 bittet den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften, die Verwaltung mit dem Ankauf eines geeigneten Grundstückes zu beauftragen, um den dringend notwendigen und bereits geplanten Wanderparkplatz anzulegen. Anschließend ist der Grütersaaper Weg mit baulichen Mitteln zu sperren. Hierbei sind die Belange des Reiterhofes „Trotzhof“ zu berücksichtigen.

**23 Sporthalle in Knittkuhl
- Antrag der SPD-Fraktion -
Vorlage 177 57/2009**

**Beschluss:
einstimmig**

Die Bezirksvertretung 7 bittet die Verwaltung, bei der Investitionsplanung zur Umsetzung des Konjunkturpakets 2 den Neubau - alternativ eine Vergrößerung - der Schulsporthalle der GGS Knittkuhl zu berücksichtigen und dem Bauausschuss eine entsprechende Planungsvorlage so rechtzeitig vorzulegen, dass die Maßnahme noch im Jahr 2009 begonnen und aus den Mitteln des Konjunkturprogramms 2 finanziert werden kann.

**24 Sachstandsbericht Lager 61
- Antrag der SPD-Fraktion -
Vorlage 177 58/2009**

**Beschluss:
einstimmig**

Die Bezirksvertretung 7 bittet die Verwaltung um einen Sachstandsbericht zur Situation des Geländes " Lager 61" Nach den Mauresköthen in der nächsten Sitzung vorzutragen.

Folgende Punkte sollten u.a. berücksichtigt werden:

Wie weit sind Bodenprobenuntersuchungen notwendig oder fertig?
Wo treten Schwierigkeiten auf?
Wann wird mit der Erschließung des Geländes begonnen, wann sind sie fertig?
Wann können die Schausteller auf das vorgesehene Gelände umziehen?

**25 Verbesserung der Einkaufsmöglichkeiten auf der Dreherstraße
- Anfrage der CDU-Fraktion -
Vorlage 177 17/2009**

Das Grundstück der ehemaligen Stadtwohnheime an der Dreherstraße liegt außerhalb des bebauungsplanes „Am Quellenbusch“ und ist nach § 34 BauGB zu beurteilen.

Aus städtebaulicher Sicht ist es sinnvoll, hier Lebensmittel-Einzelhandel mit einer Größe bis maximal 800 m² anzusiedeln, um das Nahversorgungszentrum Dreherstraße (zwischen Berta- und Torfbruchstraße) zu ergänzen und zu beleben. Eine wohnungsnaher Versorgung ist auch vor dem Hintergrund der Weiterentwicklung des Gebietes „Am Quellenbusch“ erforderlich, da dort Einzelhandel dieser Größenordnung bewusst ausgeschlossen wurde, um zu vermeiden, dass zusätzlicher störender Verkehr in das Gebiet gezogen wird und um die Einzelhandelsstruktur an der Dreherstraße zu stärken.

Das Grundstück befindet sich in städtischem Eigentum. Wegen der Größe des Bauvolumens und der zwingend erforderlichen städtebaulichen und gestalterischen Auflagen ist auf Grund des derzeitigen Standes der Rechtsprechung eine freie Vergabe nicht möglich und eine EU-weite Ausschreibung erforderlich, die durch die Verwaltung in diesem Jahr durchgeführt wird. Im Anschluss daran kann dann das Baugenehmigungsverfahren erfolgen.

**26 Sportanlage Peckhausweg
- Anfrage der CDU-Fraktion -
Vorlage 177 18/2009**

Die Verwaltung hat bereits zur Sitzung der Bezirksvertretung 7 am 23.10.2007 eine ausführliche Informationsvorlage erarbeitet, in der die Voraussetzungen ausgeführt sind, um die Schulsportanlage in eine allgemein zu nutzende Sportanlage umzuwandeln. Auch entsprechende Prüfungen, die Schulsportanlage

stundenweise unter Aufsicht zu öffnen, hat zu keinem Ergebnis geführt.

**27 Investitionen aus dem Konjunkturpaket im Stadtbezirk 7
- Anfrage der FDP-Fraktion -
Vorlage 177 27/2009**

Der Verwaltung liegen zur Zeit noch keine detaillierten Ausführungsbestimmungen zum Konjunkturprogramm vor. Unabhängig davon hat die Verwaltung bereits Maßnahmen zusammengestellt, die evtl. im Rahmen des Konjunkturprogramms realisiert werden könnten. Über das weitere Verfahren wird die Bezirksvertretung zu gegebener Zeit unterrichtet.

**28 Anmeldungen an den Grundschulen
- Anfrage des Bezirksvertreters Uwe Koopmann -
Vorlage 177 32/2009**

Die Anmeldezahlen (Stand Januar 2009) und die Vergleichswerte aus dem Vorjahr sind der Tabelle zu entnehmen, die als Tischvorlage vorliegt.

Zum Stichtag 22.01.2009 wurden im Stadtbezirk 7 an den Grundschulen 386 Kinder angemeldet. Im Vergleich zum Vorjahr sind das 41 Kinder mehr. Ein Grund für die höheren Anmeldezahlen liegt in der Verlegung des Stichtags für die Einschulung zum Schuljahr 2009/2010 auf den 31. August.

Der Rat der Stadt hat vor zwei Jahren im Zuge der Aufhebung der Schulbezirksgrenzen die Aufnahmekapazität der einzelnen Grundschulen festgelegt.

Gem. § 46 Schulgesetz entscheiden im Rahmen dieser Festlegung die Schulleiterinnen und Schulleiter über die Aufnahme eines Kindes in die Schule. Soweit Aufnahmeüberhänge an einzelnen Schulen vorliegen, wird die Verwaltung

von der durch den Rat ausgesprochenen Ermächtigung Gebrauch machen, in begründeten Einzelfällen ausnahmsweise Abweichungen von der festgelegten Zügigkeit zuzulassen. Diese Ausnahmeregelung greift in diesem Jahr für die Katholische Grundschule Unter den Eichen, was angesichts der insgesamt am Standort zur Verfügung stehenden Räume möglich ist.

Übersteigt die Zahl der Anmeldungen dann immer noch die Aufnahmekapazität einer Schule, werden die Schulleiterinnen und Schulleiter die Aufnahmeentscheidung mit benachbarten Schulen abstimmen. Das Schulamt wird unter Beteiligung des Schulträgers die Schulleitungen beraten und die Aufnahmeentscheidungen der Schulen koordinieren, damit möglichst viele Schülerinnen und Schüler die gewählte Schule besuchen können.

Seit 2008 wird das Einschulungsverfahren der Lernanfänger über ein neues technisches Verfahren (Horus) abgewickelt. Dieses Verfahren bietet, da die Schulbezirke abgeschafft wurden, keine Möglichkeit mehr, Wanderungsgewinne und –verluste zwischen den Schulen darzustellen.

**29 Naturschutz an der CO-Pipeline im Bereich des Dahlhofbaches
- Anfrage des Bezirksvertreters Uwe Koopmann -
Vorlage 177 37/2009**

Dem Planfeststellungsverfahren für die CO-Leitung ging ein Raumordnungsverfahren für die Propylenleitung voraus. Die Untere Landschaftsbehörde (ULB) hat 2004 hierbei gegenüber der Bezirksregierung als Genehmigungsbehörde ange-regt, wegen der nicht absehbaren Folgen für das Naturschutzgebiet Hubbel-rather Bachtal die bereits vorhandene WINGAS-Trasse östlich der A 3 als alter-native Vorzugstrasse zu prüfen. Die Genehmigungsbehörde folgte dem nicht.

Die ULB wies seinerzeit zugleich darauf hin, dass nicht nur das Naturschutzge-biet Hubbelrather Bachtal betroffen sei, sondern die Trasse auch sehr nahe am Naturschutzgebiet und gleichzeitig FFH-Gebiet Rotthäuser Bachtal vorbeiführe. Zugleich wurde auf die FFH-Arten hingewiesen, deren Vorkommen maßgeblich für die Meldung des FFH-Gebietes Rotthäuser Bachtal waren und deren Le-bensräume wahrscheinlich auch in das Naturschutzgebiet Hubbelrather Bachtal hineinreichen, und eine FFH-Verträglichkeitsprüfung gefordert.

In 2005 wurden dann die Planfeststellungsverfahren für die CO-Pipeline, die Propylenleitung und die Erdgasleitung eingeleitet. In Höhe des Dahlhofbaches war die Parallellage der CO-Leitung und der Propylenleitung vorgesehen.

Der Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung erging am 14.02.2007. Erst danach, am 12.12.2007, erfolgte die Novellierung des Bundesnaturschutz-gesetzes, mit der die angesprochene FFH-Richtlinie und damit der Artenschutz in nationales Recht eingearbeitet wurde. Seit 01.01.2008 sind unabhängig von FFH-Gebieten die sogenannten „planungsrelevanten Arten“ in Genehmigungs-verfahren besonders zu berücksichtigen.

Zu diesem Zeitpunkt war nach Meinung der Verwaltung die CO-Leitung am Dahlhofbach bereits verlegt.

**30 Markierungspfähle für die hochgiftige CO-Pipeline im Stadtbezirk 7
- Anfrage des Bezirksvertreters Uwe Koopmann -
Vorlage 177 42/2009**

Über die Positionen und den Zeitpunkt der Aufstellung von Markierungspfählen für die CO-Pipeline liegen in der Verwaltung keine Informationen vor.

Grundstücksflächen der Stadt Düsseldorf sind hierfür nicht verkauft worden. In-formationen zu privaten Grundstücken liegen in der Verwaltung nicht vor.

Ob die Firma BAYER einen Antrag zur Aufhebung des Inbetriebnahmeverbots für die CO-Pipeline gestellt hat oder stellen wird, ist der Verwaltung nicht be-

kannt.

Die Technische Regel für Rohrfernleitungsanlagen (TRFL) regelt in Punkt 3.5, dass der Verlauf und die Lage der für den Betrieb notwendigen Armaturen durch Hinweisschilder oder Hinweissteine zu kennzeichnen ist. Die Art der Kennzeichnung muss in den Antragsunterlagen beschreiben werden.

**31 Kindertagesstätte Gericusstraße
- Anfrage der CDU-Fraktion -
Vorlage 177 47/2009**

Nach positiver Beschlussfassung der Bezirksvertretung 7 am 30.5.2008 wurde die Baugenehmigung erteilt. Der weitere Baufortschritt liegt nicht in der Verantwortung der Verwaltung. Es wird jedoch auf verschiedene Presseberichte in den vergangenen Tagen hingewiesen. Die Verwaltung rechnet mit einer Fertigstellung der Kindertagesstätte Mitte 2010.

**32 Baumfällungen in Gerresheim
- Anfrage der CDU-Fraktion -
Vorlage 177 52/2009**

In einem Teilbereich des Gerresheimer Waldes wird in diesem Winter eine Durchforstung durchgeführt. Die Waldpflegemaßnahme bezieht sich auf den Hangbereich oberhalb des St.-Hyppolyt-Weges. Sie dient dazu, gezielt und langfristig einen gesunden und stabilen Waldbestand zu entwickeln. Außerdem befindet sich in diesem Wald eine alte Waldbrandfläche, in der viele Bäume abgestorben bzw. stark geschädigt sind. Diese müssen entnommen werden, um im Frühjahr neue kleine Bäume nachpflanzen zu können.

Die Baumfällungen werden bis spätestens Ende Februar beendet sein.

Die Vielzahl der Bäume in einem Waldbestand bedingen untereinander Konkurrenz um Licht und Wachstum; d.h. die Bäume bedrängen sich gegenseitig bei der Entwicklung hin zu einer kräftigen und großen Baumkrone.

Bei den Walpflegemaßnahmen geht es nun im Wesentlichen darum, aus der Vielzahl der Bäume, jene gezielt zu fördern, die auf Grund ihrer Vitalität und Wuchskräftigkeit zukünftig den Hauptbestand, also das Stützkorsett des Waldbestandes bilden. Gezielt fördern heißt, diesen Bäumen mehr Licht und Platz für ihr Kronenwachstum zu verschaffen. Hierzu werden dann auch einige Nachbarbäume entnommen, die dieser Entwicklung im Wege stehen.

Die am Boden liegenden Baumstämme verbleiben nicht im Wald, sondern werden mit einem Fortschlepper aus der Waldfläche herausgezogen, am Wegesrand gelagert und später von einem Holzkäufer abtransportiert.

Das Astwerk verbleibt, bis auf die unmittelbaren Wegeränder, im Wald liegen. Als Teil des Nährstoffkreises wird das Astwerk im Laufe der nächsten Jahre zusammenfallen, zersetzt und schließlich wieder als Humus in den Waldboden übergehen.

- 33 Wartehäuschen Rheinbahn-Haltestelle Knuppertzbrück
-Informationsvorlage zum Beschluss der BV 7 vom 28.10.2008-
Vorlage 177 49/2009**
- 34 Spielwiese an der Altenheimstatt Gallberg
-Informationsvorlage zum Beschluss der BV 7 vom 28.10.2008-
Vorlage 177 54/2009**
- 35 L 404 n -Südspange-
-Informationsvorlage zum Beschluss der BV 7 vom 28.10.2008-
Vorlage 177 55/2009**

Ende der öffentlichen Sitzung: 21.00 Uhr

Bremer
Bezirksvorsteher

Döring
1. stellv. Bezirksvorsteher

Pietzka
Leiter Bezirksverwaltungsstelle

von Schledorn
Schriftführer